

Mai 2022

# Das Gesetz zur Verbesserung der Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Freistaat Sachsen

## ÖPNV-für-alle-Gesetz

Drucksachenummer 7/9942

### Vorwort

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat durch die Corona-Krise besonders gelitten. Noch immer sind weniger Fahrgäste mit Bus und Bahn unterwegs als vor der Pandemie. Dabei ist die Verkehrswende nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes geboten – der Verkehrssektor ist der einzige Bereich in Deutschland, in dem die CO<sub>2</sub>-Emissionen stagnieren oder gar steigen. Auch für die Umweltbelastung und die Nutzung des öffentlichen Raumes ist eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) dringend notwendig. Die Menschen von öffentlichen Verkehrsmitteln als wirklicher Alternative zu überzeugen, ist das erklärte Ziel. Doch fünf Jahre nach dem Abschlussbericht der ÖPNV-Strategiekommission für den Freistaat Sachsen sind viele der darin formulierten Empfehlungen noch immer nicht umgesetzt. Es fehlt ein flächendeckendes Angebots- und Tarifsystem – keine stillgelegte Schienenstrecke wurde bislang reaktiviert und die einzige Änderung im Finanzierungssystem bestand in der Erhöhung von Bundesmitteln für den ÖPNV bei gleichzeitiger Erhöhung der Fahrpreise. Das kurzfristige Angebot des so genannten Neun-Euro-Tickets ändert an der strategielosen Verkehrswendepolitik nur wenig, solange damit kein grundlegend anderes ÖPNV-Angebot und langfristig geringere Ticketpreise verbunden sind. Wir fordern deshalb nicht einfach nur eine Verlängerung des Neun-Euro-Tickets mindestens bis Jahresende 2022, sondern eine echte ÖPNV-Offensive für den Freistaat Sachsen. Dazu haben wir als Linksfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Sächsischen ÖPNV-Gesetzes vorgelegt.

**Marco Böhme, MdL**

Sprecher für Mobilität der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

# Zielstellung

## 1. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der sächsischen Verkehrspolitik einleiten: **ÖPNV vor MIV!**

- Vorrang des ÖPNV vor dem MIV beim Ausbau und Finanzierung von Verkehrsleistungen
- Durch Steigerung der Attraktivität des ÖPNV soll MIV zurückgedrängt werden
- ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen

## 2. Mobilität ist ein Menschenrecht.

Wir wollen, dass der ÖPNV seiner **sozialen Funktion** gerecht wird.

- Rechtsanspruch auf kostenlose ÖPNV-Nutzung für Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen
- Mobilitätsgarantie: Mindestbedientakt für alle sächsischen Gemeinden mit regulärem ÖPNV-Angebot
- Besondere Berücksichtigung von Familien und Menschen mit Behinderungen beim ÖPNV-Angebot
- Landesweite Einführung eines wirksamen Beschwerdemanagements für Fahrgäste
- Ausrichtung des ÖPNV nach den Bedürfnissen vor Ort

## 3. Wir schaffen die Grundlage für die notwendige Verkehrswende: **ein Bus für jedes Dorf.**

- Angebotsorientierte(r) ÖPNV-Organisation und -Betrieb
- Mobilitätsgarantie: Mindestbedientakt für alle sächsischen Gemeinden mit regulärem ÖPNV-Angebot
- Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken;  
Ausrichtung des ÖPNV-Betriebs auf den Schienenverkehr
- Investitionsprogramm in ÖPNV-Infrastruktur zur Beschaffung von barrierefreien Fahrzeugen mit alternativen Antrieben

## 4. Schluss mit Tarif- und Zuständigkeitswirrwarr: Schrittweise Einführung eines **einheitlichen mitteldeutschen Verkehrsverbunds**

- Einführung eines Landesnahverkehrsplans
- zentrale Vergabekriterien für Verkehrsverträge
- Verpflichtende Zusammenarbeit und Abstimmung bei Tarifen, Fahrplänen und Serviceangeboten der Verkehrsverbünde
- Perspektivische Schaffung eines sachsenweiten bzw. eines drei Bundesländer umfassenden mitteldeutschen Verkehrsverbunds

## 5. Auskömmliche Finanzierung der Verkehrswende sicherstellen: **Mehr Geld für Bus und Bahn** statt für Autobahn und PKW

- ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen mit der entsprechenden Vollkostendeckung durch den Freistaat
- Vollständige Verwendung der Regionalisierungsmittel des Bundes für den regulären Schienenpersonennahverkehr
- Kommunale Mobilitätspauschale in Höhe von 20 Millionen Euro jährlich zur Verbesserung des ÖPNV vor Ort
- Kommunen die Möglichkeit geben, neue Tarifsysteme unter Einbeziehung von Gewerbetreibenden und/oder Einwohner:innen einzuführen